



Wirtschaft Aktuell

Weltwirtschaft überraschend resilient – Deutsche Wirtschaft schwach

Die globale Ökonomie wächst nach nur geringen Korrekturen mit Raten knapp über drei Prozent. Bisherige Vereinbarungen der USA sehen zwar deutlich höhere Einfuhrzollsätze vor, sorgen jedoch für Beruhigung. Allerdings bleibt die Unsicherheit und erschwert die Prognose. Vorzieheffekte und wirtschaftspolitisches Eingreifen verhinderten deutlichere Bremseffekte. Das gilt insbesondere für China, dessen Exporte andere Zielregionen ansteuerten und weiter zulegen konnten. Die Wachstumsschwäche der deutschen Wirtschaft bremst die Entwicklung im Euroraum und betrifft vor allem die Industrie. Der private Konsum und auch der Staatskonsum wirken im gesamten Prognosezeitraum stabilisierend, während die Investitionen nur in den kommenden zwei Jahren einen kleinen Wachstumsbeitrag liefern werden und der Außenhandel die Aussichten insgesamt eintrübt.

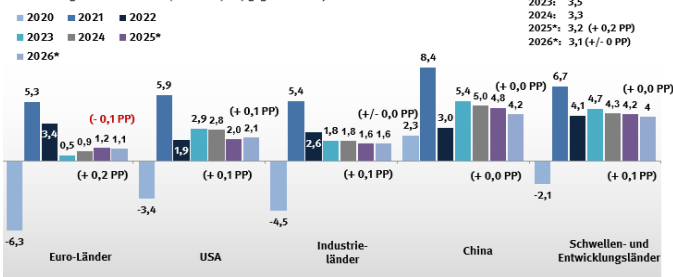
Vor dem Hintergrund zunehmender geopolitischer Spannungen und einer fragmentierten Weltwirtschaft aufgrund einer erratischen US-amerikanischen Zollpolitik, mit dem Ziel deutlich höherer Einfuhrzölle, überrascht der Internationale Währungsfonds (IWF) mit leicht nach oben korrigierten Wachstumsprognosen. Nach heftigen Abwärtskorrekturen zu Beginn des Jahres, als die Zollpolitik maximal eskalierte und Einigungen nicht in Sicht waren, sind inzwischen einige Abkommen mit höheren Zollsätzen vereinbart – wenn auch nicht final verhandelt. Verunsicherung ist Teil der US-Verhandlungsstrategie und erschwert weiterhin die Vorausschau.

Nach derzeitiger Einschätzung des IWF dürfte die Weltwirtschaft 2025 um 3,2 und 2026 um 3,1 Prozent zulegen und damit nur etwas weniger als zuvor (2024: plus 3,3 Prozent). Zu dieser relativ stabilen Entwicklung haben fiskalpolitische Gegenmaßnahmen vieler Länder sowie Vorzieheffekte beigetragen: In Erwartung höherer Zölle wurde frühzeitig bestellt, was zu vermehrten Ex- und Importen sowie einem Anstieg der Industrieproduktion führte. Die Wachstumsraten der Schwellen- und Entwicklungsländer sind seit 2023 deutlich gesunken, bleiben aber mit um die vier Prozent in diesem und im nächsten Jahr relativ stabil. China wächst mit 4,8 Prozent überproportional und damit sogar mehr als noch vor einem Jahr

erwartet. China, das am massivsten von der US-Zoll- und Handelspolitik betroffen ist, steuert mit einer expansiven Fiskalpolitik der Wachstumsschwäche entgegen, profitiert von Vorzieheffekten, vermehrten Exporten nach Europa und Asien sowie von einem sinkenden realen effektiven Wechselkurs des Renminbi gegenüber den Währungen der wichtigsten Handelspartner. Allerdings dürfte sich nach Einschätzung des IWF das Wachstum der chinesischen Wirtschaftsleistung nächstes Jahr mit plus 4,2 Prozent deutlich abkühlen.

Die Wachstumsraten der Industrieländer wurden durch den IWF kaum verändert, folgen aber einem leicht fallenden Trend. In den USA verringert sich die Wachstumsrate 2025 auf 2,0 Prozent nachdem im Vorjahr noch ein Plus von 2,8 Prozent realisiert wurde. Die Abwertung des US-Dollar, die leicht ansteigende Inflationsrate, der schwächere Arbeitsmarkt, die Zunahme der Verschuldung und der erzwungene Shut-Down bremsen die weitere Entwicklung. Der Euroraum wächst im Vergleich zu den Industrieländern mit plus 1,2 und 1,1 Prozent 2025 und 2026 unterdurchschnittlich. Dazu trägt vor allem Deutschland bei, das nach Einschätzung des IWF 2025 mit plus 0,2 Prozent und plus 0,9 Prozent 2026 Schlusslicht im Euroraum ist. Viel besser sieht es in Ländern mit einem geringeren Wertschöpfungsanteil der Industrie aus.

Entwicklung und Prognosen zur Weltwirtschaft
Veränderung des Bruttoinlandsprodukts (real) gegenüber Vorjahr in Prozent

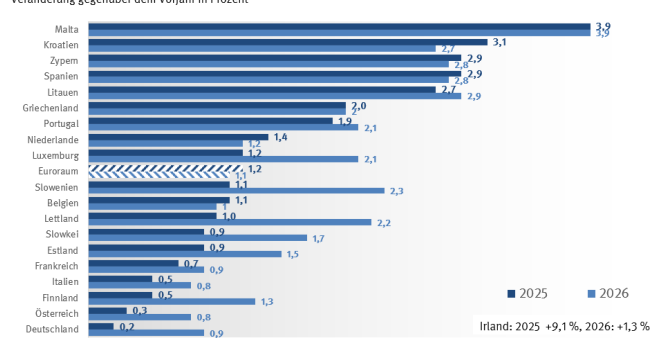


Anteile an der Weltwirtschaftsleistung 2023 in US-Dollar (IWF, World Economic Outlook, Oktober 2024):
USA: 27,3 Prozent, Europäische Union: 16,8 Prozent, China: 17,6 Prozent, Restliche Welt: 40,0 Prozent, nach Kaufkraftparitäten übertraf im Jahr 2023 die nationale Wirtschaftsleistung Chinas die der USA und der Europäischen Union deutlich. Nach Kaufkraftparitäten übertraf das US-BIP nur geringfügig die EU.
Korrektur gegenüber der Juli-Prognose in Prozentpunkten

Quelle: IWF, Oktober 2025* = Projektion, Veränderung zur Juli-Prognose in Prozentpunkten

Grafik: IG Metall, FB Industrie- und Branchenpolitik

Prognosen der BIP-Wachstumsraten im Euroraum 2025 und 2026
Veränderung gegenüber dem Vorjahr in Prozent

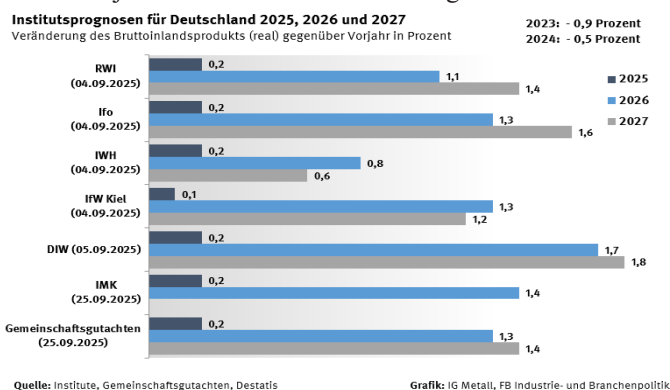


Quelle: IMF, WEO, Oktober 2025

Grafik: IG Metall, FB Industrie- und Branchenpolitik

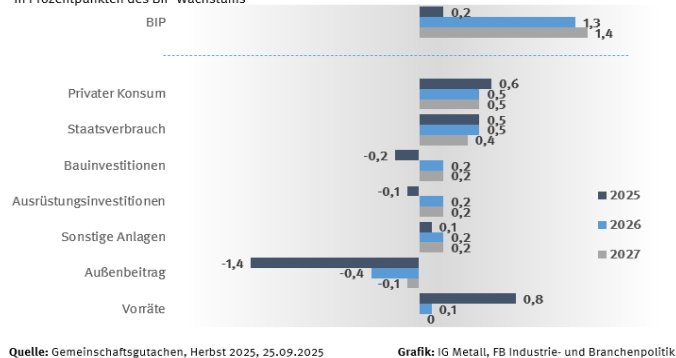


Die deutsche Wirtschaftsleistung wird nach Einschätzung der führenden deutschen Wirtschaftsforschungsinstitute **in diesem Jahr um 0,2 Prozent und 2026 um 1,3 Prozent zulegen** (2027: plus 1,4 Prozent). Die Verluste der letzten beiden Jahre (2023: minus 0,9 Prozent, 2024: minus 0,5 Prozent) können voraussichtlich erst zur Jahresmitte 2026 ausgeglichen werden. Die Wachstumsschwäche resultiert aus der Krise in der Industrie. In diesem Jahr bremsst das Baugewerbe mit einem erneuten Verlust an Wertschöpfung um 4,1 Prozent. Das Verarbeitende Gewerbe dürfte nach minus 2,9 Prozent 2024 aufgrund eines schwachen ersten Halbjahres auch 2025 Wertschöpfung verlieren (minus 0,2 Prozent), dann aber in eine Erholungsphase eintreten. Stabilisierend wirkt der Dienstleistungssektor und hier vor allem der öffentliche Dienst, dessen Wertschöpfung sowohl in diesem als auch in den kommenden zwei Jahren um jeweils mehr als ein Prozent zulegen wird.



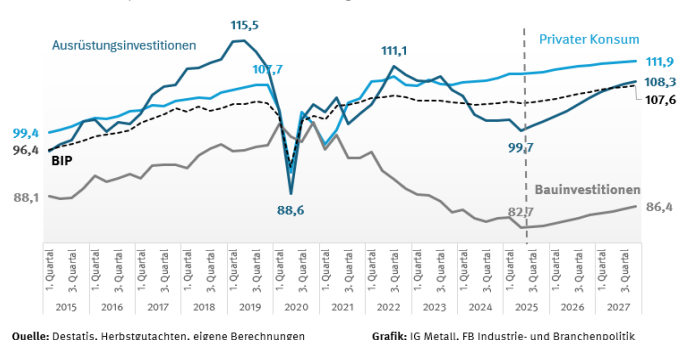
Auf der Nachfrageseite wirkt der Konsum in diesem wie auch im nächsten Jahr stabilisierend. 2025 und 2026 tragen der private Konsum und der Staatsverbrauch 0,6 bzw. 0,5 Prozentpunkte zum Wachstum bei. Anziehende Realeinkommen – sowohl der Tarif- als auch der Effektivverdienste – und der Zuwachs bei den Erwerbstätigen (2025: 46,0 Mill.; 2026: 46,1 Mill.) unterstützen diese Entwicklung. Die Investitionsschwäche löst sich nur langsam auf. Sowohl die Bau- als auch die Ausrüstungsinvestitionen bremsen noch das Wachstum in diesem Jahr, um dann 2026 und 2027 mit jeweils 0,2 Prozentpunkten zum Wachstum beizutragen, wenn die zusätzlichen öffentlichen (Bau-)Investitionen auch vermehrt private Investitionen nach sich ziehen. Der größte Bremseffekt geht vom Außenhandel aus. Der Außenbeitrag (Exporte minus Importe) belastet – wenig überraschend – das Wachstum 2025 (minus 1,4 Prozentpunkten) und auch noch in den beiden Folgejahren.

Beiträge der Nachfragekomponenten zum Anstieg des realen BIP 2025, 2026, 2027
in Prozentpunkten des BIP-Wachstums



Sofern die Annahmen und Prognosen der Gemeinschaftsdiagnose eintreffen wird das BIP im vierten Quartal 2027 das Niveau vor Ausbruch der Corona-Krise (4. Quartal 2019) um drei Prozent übertreffen. Das Plus des privaten Konsums um 3,9 Prozent ergibt sich aus der langsam wachsenden Beschäftigung und den ansteigenden Realeinkommen. Der Staatskonsum wird Ende 2027 um sehr deutliche knapp 18 Prozent über dem Vorkrisenniveau liegen. **Aufgrund der multiplen Krisenlage der letzten Jahre und hohen Unsicherheiten leidet die deutsche Wirtschaft unter einer ausgeprägten Investitionsschwäche.** Die Ausrüstungsinvestitionen fielen zur Jahresmitte 2025 auf 9,9 Prozent unter das Corona-Vorkrisenniveau. Auch die Bauinvestitionen sind seit diesem Zeitpunkt erheblich zurückgefahren worden (minus 15,0 Prozent). Ein positives Zeichen setzen die sonstigen Anlageinvestitionen (Forschung und Entwicklung, Software und Datenbanken, etc.), die massiv anziehen und den Corona-Vorkrisenwert derzeit um 13,6 Prozent übersteigen. Die Ausrüstungsinvestitionen werden nach den derzeitigen Prognosen zwar wieder zulegen, aber Ende 2027 nur knapp über dem Vorkrisenniveau landen; die Bauinvestitionen dürften auch dann noch weit zurückliegen. Die Investitionsschwäche und der demografische Wandel führen dazu, dass das Produktionspotenzial bis zum Ende der Dekade nur sehr langsam wächst und den langfristigen Wachstumstrend seit 1996 deutlich unterschreitet.

BIP, Private Konsumausgaben, Ausrüstungsinvestitionen und Bauinvestitionen
Index 2020 = 100, preis-, kalender- und saisonbereinigt



In der fehlenden Gesamtdynamik spiegelt sich die bereits seit 2018 zu beobachtende industrielle Wachstumsschwäche, die das Wohlstandsniveau Deutschlands insgesamt aufgrund des hohen Wertschöpfungsanteils der Industrie spürbar belastet. Nach derzeitigen Prognosen wird **die deutsche Bruttowertschöpfung insgesamt Ende 2027 und damit acht Jahre nach Ausbruch der Corona-Pandemie das Vorkrisenniveau nur um 3,3 Prozent übersteigen**, und selbst das ist nicht sicher. **Im Verarbeitenden Gewerbe dürften die Verluste dann noch nicht korrigiert sein.** Im Vergleich zum Rekordniveau des Verarbeitenden Gewerbes Ende 2017 beträgt der Rückstand – **nach zehn Jahren** – sogar immer noch 4,5 Prozent.

Die Sicherung industrieller Wertschöpfung ist kein Selbstzweck. Mit dem Verlust an Wertschöpfung und Produktion geht hochwertige und gut entlohnte Beschäftigung verloren. Allein in der M+E-Industrie: 125 Tausend in den letzten zwei Jahren. Industrielle Arbeit steht für Arbeit, die mitbestimmt und gut bezahlt ist und nicht nur den Wohlstand der Beschäftigten in der Industrie sichert. **Deutschland muss Industrieland bleiben!**